



Antrag

Fraktion AfD

Einsetzung einer Kommission zur Stärkung der direkten Demokratie auf der Landesebene und der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt eine Kommission einzusetzen, die die Zielsetzung zur Stärkung der direkten Demokratie auf der Landesebene und auf der kommunalen Ebene hat. Die Kommission soll für den Landtag Sachsen-Anhalt Handlungsempfehlungen erarbeiten, die ihm als Grundlage für eine Entscheidung zur Stärkung der direkten Demokratie dienen.

Zusammensetzung

Der Kommission gehören 13 Mitglieder an. Sie setzt sich nach dem Rangmaßzahlverfahren zusammen. Mindestens die Hälfte der zu benennenden Kommissionsmitglieder gehören nicht dem Landtag an. Die Landesregierung hat Gastrecht.

Arbeitsweise

Die Kommission wird in ihrer Arbeit durch ein durch den Landtag einzurichtendes Sekretariat unterstützt. Die Kommission wählt aus ihrer Mitte den Vorsitz. Im Rahmen von Anhörungen wird sie zu einzelnen Themenbereichen weiteren Sachverständigen hinzuziehen. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich durch den Landtag informiert.

Zeitplan

Die Kommission soll sich unverzüglich konstituieren und bis spätestens zum 31. Oktober 2017 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, damit noch in der siebenten Legislaturperiode notwendige Entscheidungen getroffen werden können.

Begründung

Der Verein „Mehr Demokratie“ ist eine bundesweit tätige Organisation, die sich für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung sowie Reformen des Wahlrechts auf allen

(Ausgegeben am 20.10.2016)

politischen Ebenen Deutschlands einsetzt. Der Verein listet Sachsen-Anhalt im letzten veröffentlichten Volksentscheid-Ranking von 2013 auf den 14. Platz aller Bundesländer und vergibt Sachsen-Anhalt die Note 4,4. Er beurteilt die Situation der Mitbestimmung der Bürger insgesamt als dringend verbesserungswürdig. Denn die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide seien in Sachsen-Anhalt zu hoch. Die Quoren verhindern eine echte Bürgermitsprache. Auf der kommunalen Ebene seien die Rechte der Mitbestimmung äußerst mangelhaft, da aufgrund des sehr engen Themenkatalogs fast alle Themen ausgeschlossen würden. „Mehr Demokratie“ sieht dringenden Reformbedarf.

Auch die Bürger im Land fordern immer mehr ihre Rechte ein. Sie wollen mehr Demokratie wagen. In der Bevölkerung wächst der verständliche Wunsch nach stärkerer Beteiligung und Mitsprache. Zusätzliche Beteiligungsrechte für unsere Bürger über die Teilnahme an Wahlen hinaus führen zu mehr Verantwortung bei der Entscheidung wichtiger Sachfragen und beleben unsere Demokratie. Außerdem sind sie eher bereit, die Folgen der Entscheidung mitzutragen. Zudem können die verschiedenen Elemente der direkten Demokratie dazu beitragen, dass die Politik- und Politikerverdrossenheit abgebaut werden und sich die Menschen mehr für Politik interessieren. Denn direkte Demokratie bedeutet auch mehr politische Bildung. Die verschiedenen Formen der direkten Bürgerbeteiligung stellen dabei das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland nicht infrage, sondern ergänzen es sinnvoll.

Im Koalitionsvertrag der Kenia-Koalition ist eine Parlamentsreform bis Ende 2017 angekündigt. Die Reform soll für lebendigere Plenardebatten, mehr Transparenz und ein bürgernäheres Landesparlament sorgen. Darüber hinaus soll geprüft werden, wie die Arbeit des Landtages und der Landesregierung noch besser in der Öffentlichkeit dargestellt und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger in Entscheidungsprozessen ausgebaut werden können.

Durch die Einsetzung der Kommission soll erreicht werden, dass Reformen eine möglichst breite Zustimmung über alle Fraktionsgrenzen hinaus erhalten.

Daniel Roi
Parlamentarischer Geschäftsführer